

Schützen gegen Rechts – Argumentationshilfe



Rechtsextremismus stellt eine erhebliche Gefahr für das demokratische Zusammenleben in Deutschland dar. Er ist keine legitime politische Meinung innerhalb des demokratischen Spektrums, sondern eine Ideologie, die auf der Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Menschenrechte und der Gleichwertigkeit aller Menschen basiert. Die Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt rechtsextreme Einstellungen als geprägt von Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus sowie autoritären und antipluralistischen Weltbildern (Bundeszentrale für politische Bildung, „Vereint oder vereinnahmt?“, <https://www.bpb.de>).

Schützenbruderschaften und insbesondere die Schützenjugend sind Teil der organisierten Zivilgesellschaft und übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung. Sie stehen für Gemeinschaft, Ehrenamt, Traditionspflege und gelebte Werte. Gerade diese Verwurzelung macht sie zu Anknüpfungspunkten für Akteur*innen der Rechten, die versuchen, durch Anschluss an traditionelle Milieus gesellschaftliche Akzeptanz zu gewinnen. Die Bundeszentrale für politische Bildung weist darauf hin, dass rechtsextreme Gruppen gezielt Vereine und ehrenamtliche Strukturen nutzen, um ihre Ideologien schleichend zu normalisieren und in die gesellschaftliche Mitte zu tragen (ebd.).

Für den Bund der St. Sebastianus Schützenjugend ist eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Parolen und Haltungen daher zwingend notwendig. Der Leitsatz des BHDS und BdSJ „Für Glaube, Sitte und Heimat“ ist dabei kein nostalgischer oder ausgrenzender Slogan, sondern ein bewusst werteorientiertes Bekenntnis. Er beschreibt eine Haltung, die unvereinbar ist mit Ideologien, die Menschen abwerten, ausgrenzen oder gegeneinander ausspielen.

Der Begriff des Glaubens verweist im BdSJ auf das christliche Menschenbild. Dieses geht von der unantastbaren Würde jedes Menschen aus, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht oder Weltanschauung. Rechtsextreme Ideologien, die Menschen hierarchisieren oder ihre Würde relativieren, stehen damit in direktem Widerspruch zum christlichen Selbstverständnis. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend betont in diesem Zusammenhang ausdrücklich: „Menschenverachtung und Extremismus haben bei uns keinen Platz. Als Jugendverbände sind wir selbst Garant für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Demokratie“ (BDKJ, „Widerstand gegen Rechtsextremismus ist Pflicht“, <https://www.bdkj.de>).

Auch der Begriff der Sitte ist im Sinne des BdSJ nicht als starre Tradition oder Ausgrenzungsmechanismus zu verstehen, sondern als Ausdruck von Haltung, Verantwortung und respektvollem Miteinander.

Sitte bedeutet im verbandlichen Kontext, dass das Zusammenleben von gegenseitiger Achtung, Solidarität und Fairness geprägt ist. Rassistische oder menschenfeindliche Äußerungen verletzen diese Grundhaltung und widersprechen dem Anspruch, ein sicherer und wertschätzender Raum für Kinder und Jugendliche zu sein.

Studien des Deutschen Jugendinstituts zeigen, dass gerade Vereine und Jugendverbände eine wichtige präventive Rolle spielen, indem sie demokratische Werte vermitteln und junge Menschen in ihrer Urteilsfähigkeit stärken (Deutsches Jugendinstitut, Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention, <https://www.dji.de>).

Der Begriff der Heimat wird im BdSJ nicht exklusiv oder ethnisch verstanden, sondern als sozialer und kultureller Raum, der durch Gemeinschaft, Verantwortung und Teilhabe geprägt ist. Heimat entsteht dort, wo Menschen sich angenommen fühlen und Verantwortung füreinander übernehmen. Rechtsextreme Heimatvorstellungen hingegen sind häufig mit Ausgrenzung, Abschottung und der Abwertung vermeintlich „Fremder“ verbunden. Diese Deutung von Heimat widerspricht sowohl dem christlichen Verständnis als auch dem Selbstverständnis der Schützenjugend als (welt-)offener Jugendverband. Auch weitere kirchliche und sportliche Organisationen betonen zunehmend, dass Heimat und Tradition nur dann zukunftsfähig sind, wenn sie auf den Werten von Demokratie und Menschenwürde aufbauen (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, „Kirchen und Sport vereint gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus“, <https://www.ekhn.de>).

Für Schützenbruderschaften und die Schützenjugend bedeutet dies konkret, Haltung zu zeigen. Politische Neutralität darf nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber demokratiefeindlichen Positionen verwechselt werden. Die Deutsche Welle berichtet über Versuche politischer Akteure aus dem rechten Spektrum, insbesondere auch im Umfeld von Schützen- und Schießsportvereinen Einfluss zu gewinnen, was von vielen Vereinsverantwortlichen ausdrücklich abgelehnt wird (Deutsche Welle, „German gun clubs fending off the far-right AfD“, <https://www.dw.com>).

Ein konsequenter Umgang mit rechtsextremen Äußerungen erfordert klare Strukturen, etwa durch die Verankerung und Betonung demokratischer Grundwerte in Satzungen und Ordnungen, durch Schulungen für Vorstände und Jugendleitungen sowie durch offene Gesprächsangebote. Solche Maßnahmen schaffen Orientierung und Handlungssicherheit und stärken die demokratische Kultur im Verein (Bundeszentrale für politische Bildung, „Vereint oder vereinnahmt?“).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der BdSJ aus seinem eigenen Leitsatz heraus verpflichtet ist, sich klar gegen Rechtsextremismus zu positionieren.

Ergänzend zu dieser grundsätzlichen Haltung ist es für das alltägliche Verbandsleben wichtig, handlungsfähig zu sein und auf rechte Thesen und Parolen angemessen reagieren zu können. Rechtsextreme Aussagen treten im häufig nicht offen, sondern in Form von abwertenden Witzen, pauschalisierenden Aussagen oder vermeintlich harmlosen Stammtischparolen auf. Untersuchungen der Bundeszentrale für politische Bildung zeigen, dass gerade diese Alltagsäußerungen zur Normalisierung menschenfeindlicher Einstellungen beitragen können, wenn ihnen nicht widersprochen wird (Bundeszentrale für politische Bildung, Rechtsextremismus und Alltagsrassismus, <https://www.bpb.de>).

Ein erstes Praxisbeispiel ist der Umgang mit pauschalisierenden oder abwertenden Aussagen über bestimmte Gruppen, etwa Geflüchtete oder Menschen mit Migrationsgeschichte. Fällt im z.B. Vereinsheim eine Aussage wie „Die gehören halt nicht hierher“, ist es sinnvoll, ruhig und klar zu widersprechen und die Aussage als problematisch zu benennen. Eine mögliche Reaktion kann sein, darauf hinzuweisen, dass die Bruderschaft für Gemeinschaft und Respekt steht und dass pauschale Abwertungen mit diesen Werten nicht vereinbar sind. Die bpb empfiehlt in solchen Situationen, nicht zu schweigen, sondern klare, wertbezogene

Gegenpositionen einzunehmen, um Grenzverschiebungen zu verhindern (Bundeszentrale für politische Bildung, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, <https://www.bpb.de>).

Ein weiteres häufiges Beispiel sind rechtspopulistische Verharmlosungen wie „Man wird ja wohl noch sagen dürfen“ oder „Das ist doch nur meine Meinung“. Hier kann darauf verwiesen werden, dass Meinungsfreiheit nicht bedeutet, andere Menschen abzuwerten oder auszugrenzen. Eine sachliche Reaktion kann darin bestehen, zwischen persönlicher Meinung und menschenfeindlicher Aussage zu unterscheiden und deutlich zu machen, dass der Verein als Gemeinschaft klare Grenzen zieht, wenn Aussagen die Würde anderer verletzen. Auch hier rät die bpb dazu, auf die Werte der jeweiligen Organisation Bezug zu nehmen und das Gespräch nicht auf eine rein politische Ebene abgleiten zu lassen (ebd.).

Im Kontext von Veranstaltungen oder Festen kann es zudem vorkommen, dass rechtsextreme Symbole, Codes oder entsprechende Musik auftauchen. In solchen Fällen ist ein konsequentes Einschreiten notwendig. Fachstellen zur Extremismusprävention empfehlen, bereits im Vorfeld klare Regeln zu kommunizieren und bei Verstößen entschieden zu handeln, um keine Grauzonen entstehen zu lassen. Dies schützt insbesondere junge Mitglieder und signalisiert eindeutig, wofür der Verein steht (Bundeszentrale für politische Bildung, Vereine und Rechtsextremismus, <https://www.bpb.de>).

Ein weiteres Praxisfeld betrifft Gespräche mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die teilweise rechtspopulistische Aussagen reproduzieren, ohne sich ihrer Tragweite bewusst zu sein. Das Deutsche Jugendinstitut weist darauf hin, dass solche Aussagen häufig Ausdruck von Unsicherheit oder dem Wunsch nach Zugehörigkeit sind. In diesen Situationen ist es sinnvoll, nachzufragen, Hintergründe zu klären und alternative Perspektiven aufzuzeigen, anstatt ausschließlich zu sanktionieren. Pädagogische Gespräche, die auf Aufklärung und Reflexion setzen, gelten als wirksame Form der Prävention (Deutsches Jugendinstitut, Demokratieförderung und Extremismusprävention, <https://www.dji.de>).

Für Vorstände, Jugendleitungen und Gruppenverantwortliche ist es zudem hilfreich, sich im Vorfeld auf solche Situationen vorzubereiten. Argumentationstrainings, Leitfäden für den Umgang mit diskriminierenden Aussagen sowie klare interne Absprachen erhöhen die Handlungssicherheit. Die Bundeszentrale für politische Bildung stellt hierfür praxisnahe Materialien zur Verfügung, die speziell auf Vereine und

Ehrenamtliche zugeschnitten sind (Bundeszentrale für politische Bildung, Materialien für Vereine, <https://www.bpb.de>).

Diese Beispiele zeigen, dass Haltung im Alltag nicht laut oder konfrontativ sein muss, sondern vor allem konsequent und glaubwürdig. Indem der BdSJ und die seine Mitglieder im Alltag widersprechen, Grenzen setzen und zugleich Gesprächsangebote machen, wird der Leitsatz „Für Glaube, Sitte und Heimat“ konkret gelebt. „Für Glaube, Sitte und Heimat“ bedeutet im heutigen Kontext, für Menschenwürde, demokratische Werte, ein respektvolles Miteinander und eine offene, solidarische Gesellschaft einzustehen. Dieses Engagement ist kein parteipolitisches Handeln, sondern Ausdruck christlicher Verantwortung und gelebter Schützentradition in einer pluralen Demokratie.



Praxisbox: Handlungsstrategien für Jungschützenmeister*innen

1. Pauschale Abwertungen oder diskriminierende Aussagen: Ruhig widersprechen und klarstellen, dass solche Aussagen im Verein nicht toleriert werden. Bezug auf Vereinswerte nehmen: „Wir stehen für Gemeinschaft, Respekt und Gleichwertigkeit.“ (Bundeszentrale für politische Bildung, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, <https://www.bpb.de>)

2. Rechtspopulistische Verharmlosungen: Differenzierung zwischen persönlicher Meinung und menschenfeindlicher Aussage machen: „Meinungsfreiheit bedeutet nicht, andere zu verletzen.“ Gespräch sachlich, wertbezogen und werteorientiert führen (ebd.).

3. Symbole, Codes oder extremistische Musik: Vorab klare Regeln kommunizieren, bei Verstößen entschieden einschreiten, ggf. Veranstaltung verlassen oder Gegenrede halten. Schutz der Jugendlichen hat höchste Priorität (Bundeszentrale für politische Bildung, Vereine und Rechtsextremismus, <https://www.bpb.de>).

4. Pädagogische Gespräche mit Jugendlichen: Hintergründe klären, alternative Perspektiven aufzeigen, nicht nur sanktionieren. Ziel ist Aufklärung und Reflexion, um Radikalisierung frühzeitig entgegenzuwirken (Deutsches Jugendinstitut, Demokratieförderung und Extremismusprävention, <https://www.dji.de>).

5. Vorbereitete Leitlinien: Argumentationstrainings und interne Absprachen erhöhen Handlungssicherheit der Gruppenleitungen. Regelmäßig wiederholen, praxisnah üben, um sicher und glaubwürdig aufzutreten (Bundeszentrale für politische Bildung, Materialien für Vereine, <https://www.bpb.de>).

Diese Praxisbox dient als Handreichung für Jungschützenmeister*innen und andere Gruppenleitungen. Sie hilft, den Leitsatz „Für Glaube, Sitte und Heimat“ im Alltag zu leben, rechtsextremen Einflüssen frühzeitig zu begegnen und die Werte des BdSJ in jeder Situation glaubwürdig zu vertreten.

Herausgeber:

BdSJ-Bundesverband
Am Kreispark 22
51379 Leverkusen

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Im Rahmen des:

